

ITALIEN

Lockdown für Ungeimpfte

In Italien macht die Steuerbehörde Ungeimpfte ausfindig, um Geldbußen zu verhängen

Von Matthias Rüb



Kein Zutritt: Ohne den „Super Green Pass“ geht in Italien fast gar nichts mehr für Ungeimpfte. Ab Montag dürfen sie auch keine Außengastronomie mehr nutzen. Bild: EPA

Dieser Artikel wurde Ihnen von einem Abonnenten geschenkt und kann daher kostenfrei von Ihnen gelesen werden.



BEITRAG TEILEN

**Die komplette digitale Ausgabe der F.A.Z.
jetzt im Mini-Abo erleben**

Für Ungeimpfte wird der Alltag in Italien ab diesem Montag noch beschwerlicher. Der

sogenannte „Super Green Pass“ – so heißt in Italien der Nachweis, gemäß der 2-G-Regel – wird dann für sämtliche Verkehrsmittel notwendig, den öffentlichen Nahverkehr eingeschlossen. Wer nicht geimpft oder genesen ist, kann sich also nur noch mit dem eigenen Verkehrsmittel sowie mit dem Taxi bewegen.

Auch der Zutritt zu Hotels und Beherbergungsbetrieben, zu Messen und Kongressen, zu Kultur- und Sportveranstaltungen, zu Fitnessstudios und Schwimmbädern, zu Seilbahnen und Skiliften, zu Freizeit- und Kultureinrichtungen (auch im Freien) wird für Ungeimpfte nicht mehr möglich sein. Der Besuch von Restaurant und Kaffeebar bleibt Ungeimpften ebenso verwehrt – selbst wenn sie im Freien essen oder den Kaffee am Tresen trinken möchten.

Regeln als „Orwellsche Bilder“ kritisiert

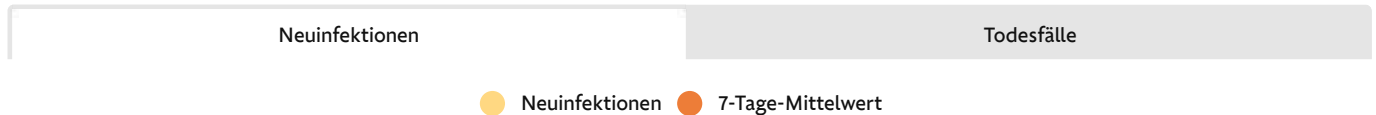
Schon am 5. Januar ist in Italien und damit erstmals in Europa eine allgemeine Impfpflicht in Kraft getreten, wenngleich nur für Personen über 50 Jahre. Ministerpräsident Mario Draghi hätte lieber eine Impfpflicht ohne Altersbeschränkung eingeführt. Aber wegen des Widerstands sowohl von der linkspopulistischen Fünf-Sterne-Bewegung wie auch von der rechtsnationalen Lega musste er einen Kompromiss eingehen. Beppe Grillo, Gründer und Ehrenvorsitzender der Fünf Sterne, sprach dennoch von „Orwellschen Bildern“, die sich angesichts „einer obligatorischen medizinischen Behandlung sowie deren Kontrolle durch die Zentralregierung“ vor seinem inneren Auge auftäten.

Tatsächlich ist es ein Organ der Zentralregierung, dem die Überwachung der Impfpflicht obliegt. Die Steuerbehörde „Agenzia delle Entrate“ soll über den Datenabgleich mit den Impfverzeichnissen der regionalen und lokalen Gesundheitsdienste sowie der Hausärzte jene rund 2,1 Millionen Personen über 50 Jahre ausfindig machen, die sich noch nicht haben impfen lassen. Insgesamt fallen 28 Millionen der 59 Millionen Einwohner des Landes in diese Alterskohorte. 7,5 Prozent dieser Gruppe sind noch nicht geimpft.

Wer von ihnen bis zum 1. Februar nicht damit beginnt, sich impfen zu lassen, wird mit einer pauschalen Geldbuße von 100 Euro durch die Steuerbehörde belegt. Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht kritisierten die Summe als viel zu gering. Wenn zweimal Falschparken kaum weniger koste als die Weigerung, sich die Spritze setzen zu lassen, dann sei die Impfpflicht „eine groteske Posse“, schimpfte etwa der prominente Virologe Roberto Burioni.

Das Coronavirus in Italien

Covid-19 Neuinfektionen und Todesfälle



Die Regierung teilte daraufhin mit, dass alle Impfverweigerer mit zusätzlichen Geldstrafen rechnen oder empfindliche Gehaltseinbußen hinnehmen müssten. Wer vom 15. Februar an ohne „Super Green Pass“ seine Arbeitsstelle aufsuche, werde mit einer Strafe von 600 bis 1500 Euro belegt, die im Wiederholungsfall verdoppelt werde. Und wer ab Mitte Februar nicht zur Arbeit komme, weil er sich nicht impfen lassen wolle, der bekomme eben keinen Lohn, und auch die Zahlung der Sozialabgaben werde ausgesetzt. Schließlich müssten alle Ungeimpften mit weiteren Geldbußen zwischen 400 und 1000 Euro rechnen, wenn sie ohne „Super Green Pass“ Orte besuchten und Dienstleistungen in Anspruch nähmen, die nur Geimpften und Genesenen offen stünden.

Da alle maßgeblichen Parteien von der Linken bis zur Rechten der breiten Koalition unter dem parteilosen Regierungschef Draghi angehören, blieb Giorgia Meloni die einzige Politikerin von Gewicht, die Fundamentalkritik an der Einführung der Impfpflicht übte. Melonis postfaschistische Partei „Brüder Italiens“, die in Umfragen auf knapp 20 Prozent Zustimmung kommt, ist die einzige Oppositionskraft nennenswerter Größe. Meloni warf der Regierung vor, in der Pandemiepolitik vollständig versagt zu haben. Statt die Italiener um Entschuldigung zu bitten, erpresse die Regierung das Volk. Sie setze ihre „skandalösen Verletzungen der Bürgerrechte und des Datenschutzes“ fort, um ein Modell der

Verletzungen der Bürgerrechte und des Datenschutzes fort, um ein „Modell der Sozialkontrolle nach chinesischem Muster“ durchzusetzen. Meloni legte bei der Datenschutzbehörde Beschwerde ein gegen die Übergabe sensibler Gesundheitsdaten durch Sanitätseinrichtungen und Arztpraxen an die Steuerbehörde.

Für Samstagmittag hatten Impfgegner und -skeptiker unter dem Motto „Basta Dittatura!“ (Schluss mit der Diktatur!) zu Kundgebungen in Dutzenden Städten aufgerufen. Außer in Großstädten wie Turin, Mailand und Rom fanden sich allerdings kaum Leute zu den Protesten ein. Deutlich besser war der Winterschlussverkauf des Einzelhandels besucht.



BEITRAG TEILEN

MEHR ZUM THEMA

Proteste von Impfgegnern

Mehrere tausend Impfgegner und Kritiker der Corona-Maßnahmen sind am Wochenende in verschiedenen Städten auf die Straßen gegangen. Eine der größten Veranstaltungen gab es am (<https://zeitung.faz.net/faz/politik/2022-01-10/proteste-von-impfgegnern/710957.html>)

Rom, Venedig und Florenz schlagen Alarm

chs. Rom Die Trophäen der siegreichen Hotelwettbewerbe neben der Rezeption warten auf Bewunderer, die nicht kommen wollen. Das Restaurant ist geschlossen, der schöne Garten (<https://zeitung.faz.net/faz/wirtschaft/2022-01-10/rom-venedig-und-florenz-schlagen-alarm/710859.html>)



(<https://zeitung.faz.net/faz/seite-eins/>)